

1. Art der baulichen Nutzung

- WR Reines Wohngebiet
- WA Allgemeines Wohngebiet
- MI Mischgebiet
- GE Gewerbegebiet

2. Maß der baulichen Nutzung

- II Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze)
- II Zahl der Vollgeschosse (Zwingend)
- 0,4 Grundflächenzahl
- 0,5 Geschosflächenzahl
- 6,0 Baumassenzahl

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

- △ Offene Bauweise, nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- a Abweichende Bauweise (Gebäude sind bis zu einer Länge von 100 m zulässig Abstände nach §§ 7 und 10 NBauO)
- SD Satteldach
- WD Walmdach
- FD Flachdach
- 28-36° Dachneigung
- Baulinie
- Baugrenze
- Stellung der baulichen Anlagen (längere Mittelachse des Hauptbaukörpers gleich Firstrichtung)

4. Flächen für den Gemeinbedarf

- Gemeinbedarfsgrundstück

6. Verkehrsflächen

- Straßenverkehrsflächen (Gemeindestraße)
- P Öffentliche Parkfläche
- Straßenbegrenzungslinie
- Fußweg
- V Sichtwinkel (Oberhalb 0,80m Höhe über Straßenoberkante dauernd freizuhalten) Hinweis
- Zu- und Ausfahrtsverbot (lückenlos einzufriden)

7. Flächen für Versorgungsanlagen

- Versorgungsfäche
- T Trafo
- Elt-Freileitung mit Schutzstreifen
- 10 kV Erdkabel

9. Grünflächen

- Grünfläche öffentlich
- Spielplatz

13. Sonstige Darstellungen und Festsetzungen

- Nicht überbaubare Grundstücksfläche
- Mit Geh-Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen zu gunsten der Anlieger
- - - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- - - Abgrenzung unterschiedlicher Stellung der baulichen Anlagen
- - - Abgrenzung unterschiedlicher Dachneigung
- Grenze des räumlichen Geltungsbeereiches

Dem Planungsinstitut Dr.H.Scholz zur Vervielfältigung freigegeben durch das Katasteramt Bersenbrück.
A 866/70

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, daß diese meldepflichtig sind (Nds Denkmalschutzgesetz vom 30.5.1978)
Die Funde sind unverzüglich der zuständigen Kreis- und Gemeindeverwaltung zu melden.

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG i.d.F. vom 18.8.1976 (BGBl I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Art. 19 Nr. 1 Vereinfachungs-Novelle vom 3.12.1976 (BGBl I S. 3281) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. vom 18.10.1977 (Nds. GVBl S. 497), und der Kreisverordnung hat der Rat der Stadt Bersenbrück diesen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden zeichnerischen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

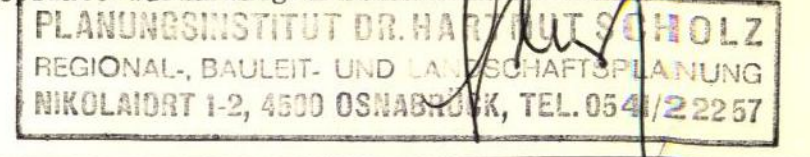
Bersenbrück, den 21.10. 1981
Bürgermeister



Stadtdirektor

2.ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 29 "GEWERBE- UND INDUSTRIEGEBIET WEST" DER STADT BERSENBRÜCK, LANDKREIS OSNABRÜCK

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet
Osnabrück, den 9.3.1981



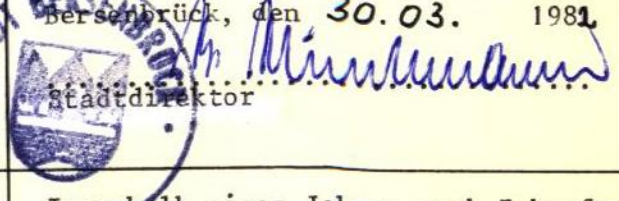
Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 4.2.1981 die Aufstellung des Bebauungsplanes (Änderung) Nr. 29 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BBauG am 9.2.1981 ortsüblich bekannt gemacht.
Bürgermeister

Der Bebauungsplan ist mit Verfügung des Landkreises Osnabrück vom heutigen Tage unter Auflagen/mi Maßgaben - gemäß § 11 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 bis 4 BBauG genehmigt/teilweise genehmigt. Die konntlich gemachten Teile sind auf Antrag der Gemeinde vom Abs. 3 BBauG von der Genehmigung ausgenommen.
Osnabrück, 21.1.81



Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 4.2.1981 dem Entwurf des Bebauungsplanes (Änderung) und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 2a Abs.6 BBauG beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 10.3.1981 ortsüblich bekanntgemacht.
Der Entwurf des Bebauungsplanes (Änderung) und der Begründung haben vom 30.3.1981 bis zum 30.4.1981 gem. § 2a Abs.6 BBauG öffentlich ausgelegen.
Bersenbrück, den 19.10. 1981
Stadtdirektor

Die Genehmigung des Bebauungsplanes (Änderung) ist gem. § 12 BBauG am 30.03.1982 im Amtsblatt des Landkreises bekanntgemacht worden.
Der Bebauungsplan (Änderung) ist damit am 30.03.1982 rechtsverbindlich geworden.
Bersenbrück, den 30.03. 1981
Stadtdirektor



Der Rat der Stadt hat der Änderung des Bebauungsplanes nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gem. § 2a Abs.6 BBauG in seiner Sitzung am 19.10.81 als Satzung (§ 10 BBauG) sowie die Begründung beschlossen.
Bersenbrück, den 19.10.1981
Bürgermeister

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes (Änderung) ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.
Bersenbrück, den 1981
Stadtdirektor